

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2540 –**

Entwurf eines Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes

A. Problem

Trotz vielfältiger Appelle haben viele ausbildungsfähige, aber nicht ausbildende Unternehmen ihre Ausbildungskapazitäten in den letzten Jahren weiter vermindert. Im letzten Jahr sank die betriebliche Ausbildungsquote auf den tiefsten Stand seit der Vereinigung. Immer mehr Jugendliche erhalten keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Ein Grund für den Rückzug der Unternehmen aus ihrer Pflicht für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze liegt in der fehlenden gesetzlichen Finanzierungsregelung für die betriebliche Erstausbildung. Durch diese Regelungslücke fehlt bis heute ein finanzieller Ausgleich zwischen ausbildungsfähigen Betrieben, die nicht ausbilden, und solchen, die ausbilden.

B. Lösung

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird ein Anreiz für Wirtschaftsbranchen geschaffen, ein eigenes, branchenbezogenes, tarifvertraglich abgesichertes Umlagemodell zu entwickeln und anzuwenden. Sollten durch Regelungen der Tarifparteien entsprechende Branchenfonds nicht zustande kommen, wird ein bundesweiter Berufsbildungsfonds eingerichtet, in den Erträge aus einer Berufsbildungsabgabe einfließen und als finanzielle Hilfen vorrangig für zusätzliche betriebliche Ausbildungskapazitäten verwendet werden können. Die genauere Ausgestaltung erfolgt auch hier über die Branchen.

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/2540 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/2540.

D. Kosten

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung ist, abgesehen von der Anschubfinanzierung, für den geforderten Ausbildungsfonds kostenneutral umzusetzen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/2540 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichtersteller

Willi Brase
Berichtersteller

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Cornelia Hirsch
Berichterstellerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Patrick Meinhardt, Cornelia Hirsch und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/2540** in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, dass die Fortsetzung der bisherigen Ausbildungspolitik zu einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für eine berufliche Erstausbildung, die von den Bundesländern, Kommunen, der Bundesagentur für Arbeit und freien Trägern zu leisten wäre und zu einer Verschärfung der angespannten Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt führen würde.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll ein Anreiz für Wirtschaftsbranchen geschaffen werden, ein eigenes, branchenbezogenes, tarifvertraglich abgesichertes Umlagemodell zu entwickeln und anzuwenden. Sollten durch Regelungen der Tarifparteien entsprechende Branchenfonds nicht zustande kommen, wird ein bundesweiter Berufsbildungsfonds eingerichtet, in den Erträge aus einer Berufsbildungsabgabe einfließen und als finanzielle Hilfen vorrangig für zusätzliche betriebliche Ausbildungskapazitäten verwendet werden können. Die genauere Ausgestaltung erfolgt auch hier über die Branchen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/2540 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

A. Allgemeiner Teil

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf **Drucksache 16/2540** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird mit Zufriedenheit festgestellt, dass der Ausbildungspakt ein wirksames Instrument sei, das differenziert auf die Ursachen von Ausbildungsproblemen eingehe.

Dies bestätigten die von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen. Der Ausbildungspakt wirke, müsse aber weiterentwickelt werden und eine neue Dynamik entfalten. Eine Verbesserung der Berufsorientierung an Schulen und der Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit sei zu entwickeln. Die Übergänge von der allgemeinen Bildung zur beruflichen Bildung müssten verbessert werden. Dies gelte vor allem für Schulabgänger ohne qualifizierten Abschluss.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird auf die von der Bundesregierung im Berufsbildungsbericht 2006 dargestellte Situation hingewiesen, aus der ersichtlich sei, welche Unternehmen, aufgeschlüsselt nach Größen- und Klassenstruktur, ausbilden und nicht ausbilden. Eine genauere Betrachtung ergebe, dass eine allgemeine Umlage dies nicht unbedingt positiv verändern werde. Wenn man die Berufsausbildungsabgabe nur für ausbildungsfähige, aber nicht ausbildende Betriebe erheben wolle, dann könnte man auch diskutieren, ob nicht grundsätzlich alle Betriebe eine Abgabe leisten sollten. Dies sei im Moment nicht der richtige Ansatzpunkt.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird festgestellt, dass die Fraktion DIE LINKE. zum wiederholten Male versuche, die Berufsbildungsabgabe zu etablieren. Zwar solle sie nur dann zum Zuge kommen, wenn keine jeweils branchenbezogenen und tarifvertraglich abgesicherten Umlageverfahren zustande kommen. Es bleibe aber das Konzept einer Zwangsabgabe, die durch den Zusatz „wenn keine tarifvertraglichen Regelungen zustande kommen“ ein hinreichendes Drohpotential aufbaue.

Der Schlüssel für mehr Lehrstellen liege vor allem in der Entlastung, nicht aber in der Belastung der Betriebe. Im Interesse Deutschlands sei zu hoffen, dass dies endlich von allen Fraktionen, auch von der Fraktion DIE LINKE., begriffen werde. Nicht planwirtschaftliches Walten mit Zwangsabgaben, sondern eine Entlastung der Unternehmen bei Steuern und Abgaben sowie Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Berufsbilder seien der richtige Weg.

Dazu gehören nach Ansicht der Fraktion der FDP die Verlängerung der Probezeit für Lehrlinge zur besseren Einschätzungsmöglichkeit der Leistungsbereitschaft der Jugendlichen, die Anpassung der Arbeitszeitregelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes an die Gegebenheiten im Tourismus und im Bäckereihandwerk, eine Streichung der Übernahmeverpflichtung für Auszubildendenvertreter aus dem Betriebsverfassungsgesetz und eine Flexibilisierung der Ausbildungsvergütungen.

Auch der Pakt für Ausbildung habe sich bewährt. Aktuell seien allein im Bereich der Industrie- und Handelskammern 323 957 neue Ausbildungsverträge registriert, 14 700 oder 4,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird ausgeführt, dass es vorrangig darum gehe, zu einem anderen Prinzip zu kommen, das sich nicht auf Appelle beschränke und nur eine freiwillige Selbstverpflichtung vorsehe. Dies würde durch eine

gesetzlich geregelte Umlagefinanzierung erreicht werden können.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/2540 abgelehnt.

B. Begründungen

Zur Begründung des Gesetzentwurfs wird auf die Ausführungen auf Drucksache 16/2540 verwiesen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Uwe Schummer
Berichtersteller

Willi Brase
Berichtersteller

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Cornelia Hirsch
Berichterstellerin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstellerin